



Haushaltsrede 2014 der UWG Heiden

11. Februar 2014

Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur ungern erinnere ich mich an die Verabschiedung des letzten Haushalts, den die UWG notgedrungen ablehnen musste. Leider stand die UWG damals mit Ihrer skeptischen Einschätzung der Einnahmeseite weitestgehend allein da. Und - wie wir jetzt wissen, sollte die UWG Recht behalten. Der im Ergebnisplan eingerechnete Überschuss aus Grundstücksverkäufen war einfach illusorisch und wurde natürlich nicht erreicht. Doch nur so ließen sich die ungeheuren Ausgaben darstellen. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte man diese vorher auf den Prüfstand gestellt. So hat man leichtfertig mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung den Startschuss gegeben, für ein weiteres Jahr, über die Verhältnisse zu leben.

Aber Schadenfreude liegt uns fern und auch auf die Gefahr, dass die UWG jetzt wieder als Spielverderber überkommt, werden wir nicht müde, bei Rat und Verwaltung für ein Kostenbewusstsein einzutreten. Es scheint nicht opportun zu sein, schon gar nicht im Wahljahr, aber ehrlich. Wir müssen alle lernen, Ansprüche zurückzufahren oder wenigstens zurückzustellen. Nur so ist eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer Gemeinde zu schaffen. Damit das klappt, darf man keine Schere im Kopf haben und auch Althergebrachtes und Liebgewonnenes nicht in der kritischen Betrachtung außer Acht lassen.

Das Heiden-Spaßbad verkommt langsam zum Groschengrab. Wieder müssen Riesenbeträge in eine nur notdürftige Instandhaltung gesteckt werden. Ich will den geschätzten bürgerschaftlichen Einsatz des Fördervereins nicht schmälern, aber der große Wurf liegt noch nicht in der Luft. Den Anhängern unseres Bades mache ich keinen Vorwurf. Aber ich fordere von der Verwaltung endlich diskutierbare Konzepte und Fortschritte. Wir wissen selbst, wenn die Gemeinde finanziell am Ende wäre und die Kommunalaufsicht das Sagen hätte, lägen wir ganz schnell auf dem Trockenen. Ebenso wie mit dem Lehrschwimmbecken, dessen Schließung das Gemeindeprüfungsamt auch schon bei seiner letzten Prüfung dringend angeraten hat.

Passen wir uns doch endlich den Veränderungen an; den finanziellen wie den gesellschaftlichen. Wie unbeweglich die Kollegen im Rat waren, haben wir erleben dürfen, als wir einfach nur angeregt haben, die Nutzung unserer Spielplätze zu hinterfragen, um Informationen zu erlangen, die es ermöglichen auf demoskopische Entwicklungen einzugehen. Vielleicht fänden es Eltern und Kinder gar nicht so schlimm, wenn der unattraktive Spielplatz vor der Haustür nicht mehr da wäre, aber zwei Straßen weiter ein größerer „cooler“ Bewegungsspielplatz mit anderen Spielkameraden zu entdecken wäre. Stattdessen will man der Statistik zuliebe, ungenutzte Alibi-Spielecken erhalten und verschließt sich neuen Ansätzen.

Der UWG ist das alles zu kurz gedacht. Die Demografie wird uns in Heiden noch Einiges abverlangen. Was ich vom Bürgermeister und dem Rat vermisste, sind Visionen und Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung Heidens. Dabei kommt es auch darauf an, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen – an Entscheidungen aber auch an gemeinsamen Aktivitäten. In meinen Augen wird das bürgerschaftliche Engagement in Heiden nicht genügend gewürdigt. Wenn ich die Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe ermuntern will, muss ich auch als Gemeinde Anreize schaffen und Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Dies gilt auch bei Kritik am Verwaltungshandeln, wo wir ein offenes Ohr haben und aufrichtig in den Dialog mit den Bürgern einsteigen müssen und Probleme gemeinsam angehen.

Die UWG wird auch zukünftig den Finger in die Wunde legen und unliebsame Themen aufgreifen, und sich nicht vor Selbstgefälligkeit zurücklehnen und die Hände in den Schoß legen.

Zugegeben - wir tun uns da auch leichter, müssen wir doch nicht auf Vorgaben der Parteizentralen bei der Regierungsbildung Rücksicht nehmen. Egal ob in der großen Koalition unter der Fuchtel der Kanzlerin oder in NRW mit dem rot-grünen Bündnis wo Entscheidungen getroffen werden, die für die Kommunen zum Teil desaströs sind. Ich bin ja mal auf den Spagat gespannt, den unsere heimische SPD hier machen muss. Die ersten Argumente fehlen ihr ja schon, wenn sie die Ungerechtigkeit erklären soll, mit der der ländliche Raum beim NRW-Stärkungspakt von der rot-grünen Landesregierung abgestraft wird. Wenn es sozial, basisdemokratisch und ökologisch wertvoll ist, die Verschwendung in den Großstädten an Rhein und Ruhr zu bezahlen, dann aber Bitteschön nicht mit uns.

Auch wir in Heiden spüren, dass die Ausgaben für Soziales ins Unermessliche zu Lasten der Kommunen steigen und auch wir brauchen besonders hier Entlastung von Bund und Ländern. Stattdessen werden die Gemeindehaushalte zusätzlich gebeutelt. Wir sind mal gespannt, wann uns der neue Armutsflüchtlingsstrom aus Rumänien und Bulgarien erreicht und die noch erträgliche Situation in den Heidener Übergangsheimen vor neue Herausforderungen gestellt wird.

Vor dem Hintergrund der schwankenden Gewerbesteuererinnahmen und des nur trägen Ausgleichs über die Schlüsselzuweisungen kann die Gemeinde nur durch absolute Haushaltsdisziplin verantwortungsbewusst vorsorgen - alles andere ist leichtfertig und Betrug am Bürger.

Daher hoffen wir, dass wir bei der Bereitstellung geeigneter Gewerbeflächen endlich auf die gegebene Nachfrage eingehen können und die Gerichte den Weg endlich frei machen für die Sicherung von Arbeitsplätzen und verlässliche Steuereinnahmen. Wenn man die Ausgabeposition für Rechtsbeistand im Haushalt sieht, lässt dies nichts Gutes ahnen. Wir appellieren an die

Beschwerdeführer, erst die vorgerichtlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Von der Verwaltung erwarten wir zum einen Gesprächsbereitschaft und zum anderen aber auch rechtlichen Sachverstand, und wenn unstrittig, Durchsetzungsvermögen.

Wir fordern daher von der Verwaltung, bevor beträchtliche Ausgaben getätigt werden, vorausschauende ganzheitliche Konzepte, die unter Beteiligung des Rates abgewägt und ggfs. weiterentwickelt werden. Dies gilt insbesondere bei der Anpassung des bisherigen Ratsinformationssystems und der Umstellung auf eine papierlose Ratsarbeit. Muss wirklich für jedes Ratsmitglied ein Tablet-Rechner angeschafft werden? Gibt es nicht auch Softwareanbieter, die die Anwendung auch mit dem eigenen PC zulassen?

Leichtfertigkeit ist auch bei der grundsätzlich positiven Überlegung, ein Blockheizkraftwerk für die Energieversorgung von Grundschule und Freizeitgelände zu errichten, fehl am Platz. Hat man die Entwicklung der Heidener Schullandschaft bei der langjährigen Vertragsbindung im Blick?

Weitsichtig wäre es sicherlich auch gewesen, wenn sich unser Bürgermeister, wie in Nachbarkommunen geschehen, mit dem Rat besprochen hätte und die Möglichkeit einer vorgezogenen Wiederwahl in Erwägung gezogen hätte. Durch Aussitzen werden die Heidener Steuerzahler nicht nur im nächsten Jahr wieder einmal mehr an die Wahlurne gerufen, sondern auch noch mit 6.000 Euro zur Kasse gebeten, die die zusätzliche Wahl kostet.

Zum Glück ist der Kreis einsichtig geworden und hat den Gürtel etwas enger geschnallt, was den Gemeinden etwas mehr Luft lässt. Die Zeiten des Selbstbedienungsladens sind hoffentlich ein für alle Mal vorbei.

Der Verwaltung und den Ratskollegen möchte ich bei der Gelegenheit für das gute Miteinander im vergangenen Jahr danken und hoffe auch wiederum auf einen fairen und engagierten Wahlkampf.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne unserem Kämmerer Günter Nienhaus Dank gesagt zu haben. Auch in diesem Jahr hat er unsere Fraktion wieder bei den Beratungen durch seinen Sachverstand sehr unterstützt.

Die UWG-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2014 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Michael Theisen, UWG Fraktion